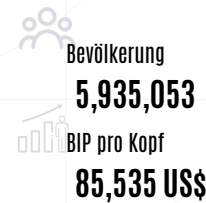
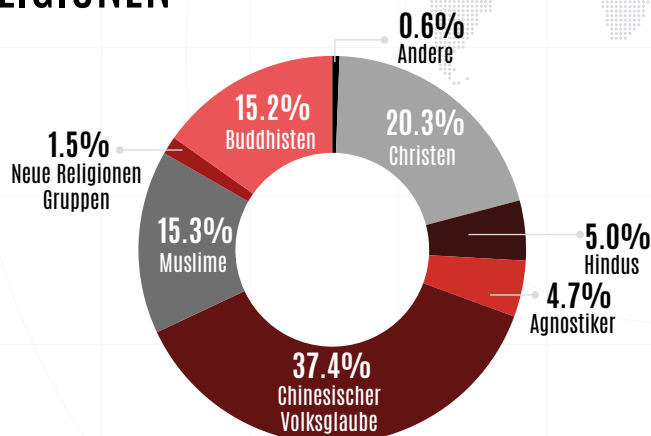




SINGAPUR

RELIGIONEN



DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Bewohner Singapurs genießen nach wie vor ein hohes Maß an Religionsfreiheit, insbesondere innerhalb ihrer eigenen Religionsgemeinschaften. Das vor Ort geltende Gesetz schreibt dieses Grundrecht fest und die politischen Institutionen setzen es durch. Die Religionsfreiheit im Sinne der Freiheit, seinen Glauben zu bekennen, auszuüben und zu verbreiten, ist in vollem Umfang geschützt, solange die sich daraus ergebenden Aktivitäten nicht gesetzeswidrig sind oder gegen die Regeln der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral verstoßen.

Das Prinzip der Religionsfreiheit ist in der Verfassung von Singapur von 1963 verankert. Laut Artikel 15 ist sie als das Recht jedes Einzelnen definiert, „seinen religiösen Glauben zu bekennen, auszuüben und zu verbreiten“.¹ Jede Religionsgemeinschaft hat das Recht, „ihre eigenen religiösen Angelegenheiten zu regeln, Einrichtungen für religiöse oder wohltätige Zwecke zu gründen und zu betreiben und in Übereinstimmung mit geltendem Gesetz Eigentum zu erwerben, zu besitzen und zu verwalten.“

Ein weiteres in der Verfassung niedergelegtes Prinzip ist

die Aufrechterhaltung der religiösen Harmonie im Land. Sie wird im Wesentlichen durch ein 1990 verabschiedetes Gesetz umgesetzt. Das betreffende Gesetz verleiht dem Innenminister die Macht, Unterlassungsverfügungen gegen diejenigen Mitglieder einer Glaubensgemeinschaft zu erlassen, die Feindseligkeit gegen Mitglieder einer anderen Religionsgemeinschaft schüren, politische Zwecke verfolgen, subversive Aktionen durchführen oder andere dazu ermutigen, sich unter dem Vorwand der Ausübung einer Religion von der Regierung zu distanzieren. Der Erlass dieser einstweiligen Verfügungen ist Ermessenssache. Sich nicht an die Verfügung zu halten, kann rechtliche Schritte zur Folge haben. Die Verfügung wird dem Vorsitzenden des Council for Religious Harmony (Rat für Religiöse Harmonie) vorgelegt, einem staatlichen Organ mit der Befugnis, diese Verfügungen zu bestätigen, für nichtig zu erklären oder abzuändern. Theoretisch haben diese Verfügungen eine Laufzeit von 90 Tagen, aber sie können vom Ratsvorsitzenden beliebig verlängert werden.

Das Strafgesetzbuch verbietet es, die „religiösen oder ethnischen Gefühle einer Person zu verletzen“ sowie wissentlich „Gefühle der Feindseligkeit, des Hasses oder bösen Willens zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften oder Ethnien zu fördern“.² Bei Zuwiderhandlung

können Geldbußen und Haftstrafen auferlegt werden.

Jede Religionsgemeinschaft mit mehr als zehn Mitgliedern muss die Regierung von ihrer Existenz in Kenntnis setzen, insbesondere, wenn die Gruppe einen offiziellen Rechtsstatus wünscht. Für Muslime gilt eine Sonderregelung. Der Majlis Ugama Islam Singapura (Islamischer Religionsrat von Singapur, MUIS), der vom Ministerium für Kultur gegründet wurde, regelt alle islamischen Angelegenheiten im Stadtstaat, einschließlich des Baus und der Verwaltung von Moscheen, der Halal-Zertifizierung, Fatwas und Wallfahrten nach Mekka.

Religionsunterricht ist in öffentlichen Schulen verboten, in staatlich subventionierten, religiös gebundenen Schulen außerhalb der regulären Unterrichtszeit jedoch erlaubt. Auch Privatschulen dürfen Religionsunterricht erteilen.³

Auch wenn die Religionsfreiheit in der Verfassung verankert ist, begegnen die Behörden dem Prinzip und seiner Umsetzung gelegentlich mit Widerstand, da ihnen viel an einem hohen Maß an Kontrolle über die Zivilgesellschaft liegt. So wurde das Gesetz zur Aufrechterhaltung der religiösen Harmonie von 1990 bereits gegen Initiativen eingesetzt, die nach Ansicht der Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit für Spaltung und Zwietracht zwischen Religionsgemeinschaften sorgen würden.⁴ Probleme entstehen, wenn die Behörden das Gesetz nutzen, um politische Äußerungen, die sie für abtrünnig halten, zu ersticken. So wurde das Gesetz unter anderem genutzt, um Äußerungen zu beschränken, die von staatlicher Seite als verletzend gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften eingestuft wurden. Der Staat behält sich also das Recht vor, Ausdrucksformen der Religion einzuschränken, die er für unangemessen hält.

Die Zeugen Jehovas sind besonders im Visier der Singapurischen Behörden. Seit den 1940er Jahren sind sie in Singapur präsent, 1962 wurden sie als Religionsgemeinschaft offiziell eingetragen. 1972 wurde ihnen ihr Status infolge der Wehrdienstverweigerung durch ihre Mitglieder wieder aberkannt. 1996 stellte ein Urteil zwar das Recht der Zeugen Jehovas auf das Bekenntnis, die Ausübung und Verbreitung ihres Glaubens wieder her, jedoch nur für die einzelnen Gläubigen. Seitdem hat die Regierung zwar keine privaten Versammlungen der Zeugen Jehovas verhindert, öffentliche Versammlungen sind aber weiterhin verboten. Zeugen Jehovas, die den Militärdienst verweigern, werden zu zwei Jahren

Gefängnis verurteilt. Die Haftstrafe wird verlängert, falls sie ihre Weigerung aufrechterhalten. Falls nicht, werden sie danach entlassen, da die im Gefängnis verbrachte Zeit die erforderlichen 24 Monate Wehrdienst übertrifft.⁵ Den Behörden ist klar, wie drastisch diese Maßnahmen sind, aber sie möchten verhindern, dass die Zahl der Wehrdienstverweigerer steigt.

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Das Pew Research Center veröffentlichte im November 2020 einen Bericht, in dem es Singapur als Land mit „starken religiösen Restriktionen“ und damit als „unvollkommene Demokratie“ bezeichnete, das es wie Malaysia und Indonesien genau zu beobachten gelte.⁶

Dennoch hat Singapur zahlreiche offizielle Strukturen geschaffen, die sich um interreligiöse Verständigung bemühen. Hierzu zählen der Presidential Council for Minority Rights (Präsidentenrat für Minderheitenrechte), der Islamic Religious Council (Muslimischer Religionsrat), das Sikh Advisory Board (Beirat der Sikh), das Hindu Endowment Board (Stiftungsrat der Hindus), die Organisation Common Senses for Common Spaces, die Inter-racial and Inter-religious Confidence Circles (Kreise für ethnische und religiöse Verständigung), das Harmony Center und die BRIDGE-Initiative (Broadening Religious/Racial Interaction through Dialogue and General Education, übersetzt etwa „Initiative zur Förderung des religiösen/ethnischen Austauschs durch Dialog und Bildung“). Die Regierung weist auch Land für den Bau von Tempeln zu und steuert die Belegung von Sozialwohnungen nach Bewohnerprofilen, um Konzentrationen von ethnischen oder religiösen Gemeinschaften zu verhindern.⁷

Das Organisationsverbot gegen die Zeugen Jehovas von 1972 wurde in Singapur bislang nicht aufgehoben. Dasselbe gilt für die Vereinigungskirche, die 1982 verboten und von der Regierung als Sekte eingestuft wurde. Mit Stand vom 19. Januar 2020 sind immer noch 15 Zeugen Jehovas als Wehrdienstverweigerer in der Haftanstalt der Streitkräfte inhaftiert.⁸

Im Juni 2019 fand in Singapur die International Conference on Cohesive Societies (Internationale Konferenz über den gesellschaftlichen Zusammenhalt) statt,⁹ zu der mehr als 1200 Teilnehmer aus der ganzen Welt kamen. Während

einer Jugendfeier zeigten die Teilnehmer ihr Engagement für positive interreligiöse Beziehungen.

Im Oktober 2019 verabschiedete das Parlament von Singapur Änderungen am Gesetz zur Aufrechterhaltung der religiösen Harmonie, „um den Behörden ein schnelleres Vorgehen gegen Personen zu ermöglichen, die die guten Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Religionen gefährden.“¹⁰ Die Änderungen ermöglichen höhere Höchststrafen und sofortige einstweilige Verfügungen. Sie wurden zum Teil aufgrund des weltweit zunehmenden Problems der Hassrede in sozialen Medien als notwendig erachtet.

Ein für den 15. März 2021 geplanter Terroranschlag wurde rechtzeitig von der Polizei in Singapur aufgedeckt. Ein junger indischer Mann hatte geplant, zwei Moscheen anzugreifen und Zivilisten mit einer Machete zu ermorden. Wie er selbst sagte, hatte ihn der Terroranschlag auf zwei Moscheen in Neuseeland inspiriert. Sowohl muslimische als auch christliche Würdenträger verurteilten die Pläne und

nutzten die Gelegenheit, die Vielzahl an Hassbotschaften anzuprangern, die in sozialen Medien verbreitet werden.¹¹

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Die Singapurer genießen nach wie vor ein hohes Maß an Religionsfreiheit innerhalb der privaten Grenzen der eigenen religiösen Sphäre. Die öffentliche Dimension des Rechts auf Religionsfreiheit wird hingegen durch den Staat zunehmend eingeschränkt. Im Namen der religiösen Harmonie und der staatlichen Sicherheit fallen ethnisch-religiöse Angelegenheiten zunehmend unter die Kontrolle der Regierung. Es deutet einiges darauf hin, dass sich dieser Trend weiter fortsetzen wird, daher hat sich die Perspektive für die Religionsfreiheit in Singapur im Berichtszeitraum leicht eingetrübt.

ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 Constitute Project, „Singapore’s Constitution of 1963 with Amendments through 2010“, constituteproject.org, https://www.constituteproject.org/constitution/Singapore_2010.pdf?lang=en, (abgerufen am 12. April 2018).
- 2 Penal Code, Singapore Statutes online, <https://sso.agc.gov.sg/Act/PC1871?ViewType=Within&Phrase=hatred>, (abgerufen am 16. April 2018).
- 3 Office of International Religious Freedom des US-Außenministeriums, Internationaler Bericht zur Religionsfreiheit von 2018 – „Singapur“, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/05/SINGAPORE-2018-INTERNATIONAL-RELIGIOUS-FREEDOM-REPORT.pdf>, (abgerufen am 18. Februar 2020).
- 4 Sara Grosse, „Singapore’s religious harmony a legacy to be treasured: PM Lee“, Channel NewsAsia, 12. Mai 2015, <http://www.channelnewsasia.com/news/singapore/singapore-s-religious/1842076.html>, (abgerufen am 21. Februar 2018).
- 5 Tina Mufford, „A Right for all: Freedom of religion or belief in ASEAN“, U.S. Commission on International Religious Freedom, September 2017, http://www.uscirf.gov/sites/default/files/A%20Right%20for%20All-FoRB%20in%20ASEAN%20web%20version_0.pdf, (abgerufen am 21. Februar 2018).
- 6 „The religious persecution of governments is growing worldwide. China in first place“, Asia News, 13. November 2020. <http://www.asianews.it/news-en/The-religious-persecution-of-governments-is-growing-worldwide.-China-in-first-place-51576.html> (abgerufen am 2. Februar 2021).
- 7 Office of International Religious Freedom. „Singapore“, US-Außenministerium, 2019. <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/05/SINGAPORE-2019-INTERNATIONAL-RELIGIOUS-FREEDOM-REPORT.pdf> (abgerufen am 2. Februar 2021).
- 8 „Imprisoned for Their Faith“, jw.org (offizielle Website der Zeugen Jehovas), 2020, <https://www.jw.org/en/news/legal/by-region/singapore/jehovahs-witnesses-in-prison/>, (abgerufen am 18. Februar 2020).
- 9 Offizielle ICCS-Website. Juni 2019. <https://www.rsis.edu.sg/event/international-conference-on-cohesive-societies/#.YBmqQOhKgdU> (abgerufen am 2. Februar 2021).
- 10 Grace Ho, „Parliament updates religious harmony law; stiffer penalties to deal with religious hate crimes“, The Straits Times, 8. Oktober 2019, <https://www.straitstimes.com/politics/parliament-updates-law-to-uphold-religious-harmony>, (abgerufen am 18. Februar 2020).
- 11 „Singapore: cristiani e musulmani condannano i piani per un attentato a due moschee“, Asia News, 28. Januar 2021, <http://www.asianews.it/notizie-it/Singapore:-cristiani-e-musulmani-condannano-i-piani-per-un-attentato-a-due-moschee-52194.html> (abgerufen am 2. Februar 2021).